

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 06.11.2024
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:15 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche
Sitzung



Dr. Frank Dreihaupt
Vorsitzender



Birgit Wesemann
Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Edith Braun

Herr Markus Fettback

Herr Dr. Denis Gruber

Herr Michael Grupe

Herr Jürgen Hanff

Herr Karsten Heinemann

Herr Carsten Hintze

Herr Werner Jacob

Herr Peter Jagolski

Frau Carmen Kalkofen

Herr Dipl. Ing. (FH) Wilko Maatz

Herr Mario Merten

Herr Tobias Mielke

Herr Thomas Mildt

Herr Christoph Plötze

Herr Marco Radke

Herr Norman Rentner

Herr Jan Rungweber

Frau Alexandra Schleef

Frau Dr. Anita Schupet

Herr Mathias Sprunk

Herr Dennis Weiß

Herr Klaus Witaszak

Herr Lars Witaszak

Herr Alexander Wittwer

Anwesend:

Ortsbürgermeister

Herr Carsten Falk

Frau Grit Kucziensky

Herr Torsten Schulze

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:

Mitglieder

Frau Petra Fischer entsch.

Herr Björn Paucke entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 06.11.2024, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>DS-Nr.</u>
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3. Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.09.2024	
4. Einwohnerfragestunde	
5. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu	
6. Vorstellung der Eckzahlen Haushalt 2025	
7. Fähre Ferchland-Grieben	BV 0139/2024
8. Antrag Fraktion CDU-WG ZUKUNFT - quartalsweise Berichterstattung	BV 0142/2024
9. Antrag Fraktion CDU-WG Zukunft - Beauftragung kommunalrechtliche Stellungnahme	BV 0143/2024
10. Vorschlag zur Bildung eines Kreissenioresenbeirates im Landkreis Stendal	BV 0146/2024
11. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	
<u>Nichtöffentliche Sitzung</u>	
12. Abstimmung über die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates	
13. Informationen des Bürgermeisters	
14. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	
15. Personalangelegenheit	BV 0140/2024
16. Entscheidung über eine Klageerhebung	BV 0147/2024
<u>Öffentliche Sitzung</u>	
17. Wiederherstellung der Öffentlichkeit	
18. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse	
19. Schließung der Sitzung	

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Dreihaupt eröffnet die SR-Sitzung (SR=Stadtrat) und begrüßt alle Anwesenden. Frau Fischer und Herr Paucke sind für heute entschuldigt. Mit 27 anwesenden SR-Mitglieder ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Herr Dr. Dreihaupt übergibt kurz seinen Vorsitz an seinem 1. Stellvertreter Herrn Mildt, um eine Erklärung abzugeben. Die Mitglieder des HAes (Hauptausschusses) werden sich daran erinnern, dass es wegen der Nichtbearbeitung von Anträgen Streit gab. Er hat Mittwochvormittag, gemeinsam mit dem BM (Bürgermeister), die TO (Tagesordnung) beschlossen. Am Mittwochnachmittag hat er seine Mails gescheckt und die eingegangenen Anträge gesehen. Nach der HA-Sitzung hat er, um Streitigkeiten vorzubeugen, beschlossen, dass die Anträge nicht mehr bei ihm eingehen, sondern ab sofort über den Sitzungsdienst (buero.buergermeister@tangerhuette.de), zu Händen des SR-Vorsitzenden, eingereicht werden. Das habe er auch dem BM mitgeteilt.

Herr Mildt gibt den Vorsitz an Herrn Dr. Dreihaupt zurück.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Gruber nimmt die Äußerung von Herrn Dr. Dreihaupt zur Kenntnis. Es ist allerdings so, dass lt. GO (Geschäftsordnung) die Anträge beim SR-Vorsitzenden einzureichen sind. D.h., die GO müsste daraufhin geändert werden. Wir haben als Fraktion, mit Datum 02.09.2024, zwei Anträge bei der Verwaltung und beim SR-Vorsitzenden eingereicht. Beide Anträge stehen auf der heutigen Sitzung nicht auf der TO. Er verweist auf den § 53 Abs. 5 Satz 2 des KVG LSA (Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt). Hiernach ist auf Antrag einer Fraktion ein Verhandlungsgegenstand auf die TO, spätestens der übernächsten Sitzung der Vertretung, zu setzen. Das wäre das Datum der heutigen Sitzung gewesen. Aus Satz 3 geht hervor, dass in diesen Fällen ein Einvernehmen mit dem HVB (Hauptverwaltungsbeamten) nicht erforderlich ist. Er bittet darum, bei fristgerecht eingereichten Anträgen, diese zukünftig auf die jeweilige TO zu platzieren. Seine Fraktion hat auch, zusammen mit der WG Lüderitz, fristwährend lt. neuer GO, 14 Tage vor dieser Sitzung, einen Antrag eingereicht, der ebenfalls nicht auf die TO gekommen ist. Hierbei ging es den beiden Fraktionen darum, einen Bericht des HVB zur Situation der Betreuung unserer Kinder in den Kitas (Kindertagesstätten), am speziellen Fall Kita Demker, zu erhalten. Für ihm ist unverständlich, dass lt. neuer GO dieser Antrag nicht auf der TO der heutigen SR-Sitzung steht. Aufgrund dessen, dass das Thema, Betreuung der Kinder in unserer EGem, die jungen Eltern unserer Kommune bewegt, aber auch, weil die zahlreiche Fragen, die die Eltern in den letzten Sitzungen des SRes sowie im letzten SA (Sozialausschuss) stellten, unbeantwortet blieben, werden wir gemäß § 53 Abs 5 Satz 1 die unverzügliche Einberufung eines Sonderstadtrates, beantragen. Das ist möglich, wenn ein Viertel der Vertretung diese unverzügliche Einberufung einfordert. Die Fraktion CDU-WG Zukunft und die WG Lüderitz bilden insgesamt 9 Mitglieder des SRes. Somit ist das gesetzliche Viertel erreicht. Die beiden Fraktionen schlagen als Termin den 20.11.2024 vor. Er bittet den Antrag unverzüglich nachzukommen und uns bzgl. folgender Punkte zu informieren, die wir als Tischvorlage den Vorsitzenden und den Mitgliedern des SRes überreicht haben. Den beiden Fraktionen interessieren aktuelle und zu erwartende Kinderzahlen an den jeweiligen Kitas, die derzeitige Personalbesetzung, die jeweiligen Betreuungsschlüssel und die einzelnen Auslastungsgrade. Zudem erwarten wir Angaben zur Besetzung von Führungspositionen. Er bittet, diesem Antrag nachzukommen.

Herrn Bohm ist ein Antrag bekannt, den wir fristwährend auf die TO hätten setzen müssen. Herr Dr. Gruber hat für den Antrag zur Situation der Betreuung unserer Kinder in den Kitas eine Lösung gefunden, der auch gefolgt werden kann. Es gibt mehrere Anträge. Einmal das Antragsrecht der Fraktionen. Wenn sich mit diesem Antrag keine beratenden Ausschüsse befassen müssen, kommt dieser auf die TO der folgenden oder spätestens auf der übernächsten Sitzung. Anträge zur GO oder zur HS (Hauptsatzung) werden in die Sitzungsfolge gegeben. Es liegen uns noch Anträge zur GO und zur HS vor. Mit Blick auf die Fülle der kommenden Sitzungsfolge gibt es hier die Übereinkunft, diese auf die erste Sitzungsfolge 2025 zu legen.

Frau Braun hat am 25.10.2024 auch per Mail Anträge gestellt, die eigentlich auf der nächsten Sitzung auf der TO stehen müssten. Auch die Fraktionsvorsitzenden hatten in ihrer Runde einen Auftrag an den BM gegeben. Dieser betrifft die Entschädigungssatzung in Gänze, aus der Verordnung des LSA. Die Entschädigungssatzung ist in der letzten SR-Sitzung im PAT (PAT=abgelehnt) ge-

det. Sie erinnert an das Wort von der Fraktionsvorsitzenden der UWGSA Frau Kalkofen, die im Einklang mit den anderen Fraktionsvorsitzenden gesagt hat, Herr Brohm, sie möchten bitte eine Entschädigungssatzung nach der Landesverordnung in Gänze, inklusive Fw, auf die TO setzen. Das hat Herr Brohm nicht gemacht. Sie besteht darauf, dass Herr Brohm diesen Arbeitsauftrag auch umsetzt.

Frau Schleef stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass dieser TOP mit der Änderung der TO zu tun hat. Was Frau Braun eben gesagt hat, hat mit einer Änderung zur TO nichts zu tun. Dafür gibt es den TOP Anfragen und Anregungen.

Herr Dr. Dreihaupt weist darauf hin, dass das kein Geschäftsordnungsantrag ist.

Herr Jacob beantragt den TOP 16, BV 0147/2024, Entscheidung über eine Klageerhebung, aus dem nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil zu nehmen und dann darüber namentlich abstimmen zu lassen.

Herr Brohm erklärt die Definition von nichtöffentlich und öffentlich. Hier geht es um Rechte Dritter. Er bittet darauf zu achten und diesen TOP nicht in den öffentlichen Teil zu nehmen. Er hat es noch nicht erlebt, dass Rechtsgeschäfte im öffentlichen Teil beraten werden.

Herr Sprunk glaubt, dass jedes SR-Mitglied weiß, dass er im öffentlichen Teil keine Namen nennen darf. Die Presse hat darüber auch ausgiebig berichtet. Das ist vom allgemeinen Interesse und gehört definitiv in den öffentlichen Teil.

Herr L. Witaszak beantragt im Namen der AFD-Fraktion den TOP 15, BV 0140/2024, Personalangelegenheit, von der TO zu nehmen, weil dem SR hierzu nicht ausreichende Informationen vorliegen.

Herrn Dr. Gruber fehlt noch die Bestätigung der Einberufung der Sondersitzung des SRes am 20.11.2024.

Herr Dr. Dreihaupt ruft auf Antrag der Fraktion CDU-WG Zukunft und der WG Lüderitz zum 20.11.2024 eine Sondersitzung durchzuführen, ein.

Herr Dr. Dreihaupt bittet um Abstimmung des Antrages von Herrn Jacob, *den TOP 16 vom nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil zu verschieben.*

Abstimmung: 16x Ja, 6x Nein, 5x Enthaltung => zugestimmt

Herr Dr. Dreihaupt bittet um Abstimmung des Antrages der AFD-Fraktion, *den TOP 15 von der TO zu nehmen.*

Abstimmung: 20x Ja, 6x Nein, 1x Enthaltung => zugestimmt

Herr Brohm zieht den TOP 16, der gerade in den öffentlichen Teil verschoben wurde *zurück.*

Herr Dr. Dreihaupt informiert, somit ist der TOP 16 zurückgezogen.

Herr Dr. Dreihaupt stellt die geänderte TO fest.

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.09.2024

Über der öffentlichen Niederschrift vom 25.09.2024 wird mit 27 Ja-Stimmen einstimmig abgestimmt.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Einwohner Nr. 1 hat ein Kind in der Kita Demker. Vor 1½ Monate hat er für sein zweites Kind einen Antrag für die Kita Demker gestellt. Warum habe ich, obwohl die Kita Demker noch nicht geschlossen ist, für mein zweites Kind eine Ablehnung erhalten? Er fragt Herrn Brohm, wissen sie selber nicht, ob die Kita Demker offen bleibt oder geschlossen wird?

Herr Brohm geht davon aus, dass in der Begründung für die Ablehnung etwas stand.

Einwohner Nr. 1 hat die Ablehnung auf seinem Handy, die er vorliest. „Sehr geehrte Familie ..., leider kann Ihr Bedarf, in denen von Ihnen gewünschten Kitas, derzeit nicht entsprochen werden. Wir bitten, um Erstellung einer neuen Bedarfsmeldung, mit alternativen Wunscheinrichtungen.“

Herr Brohm versteht den Einwohner so, dass dieser eine genauere Begründung möchte. Das wird er mitnehmen und der Einwohner bekommt eine genauere Begründung per Post.

Einwohnerin Nr. 2 möchte wissen, warum die Leitungsausschreibung nur intern verfolgt wird und extern nicht freigegeben ist und es sich lediglich um die Leitungsebene und nicht um Erzieher handelt?

Für **Herrn Brohm** ist die Ausschreibung öffentlich, da er die Ausschreibung öffentlich einsehen kann. Darum geht er davon aus, dass die Einwohnerin die Ausschreibung auch öffentlich einsehen kann.

Einwohnerin Nr. 2 antwortet, sie kann die Ausschreibung öffentlich einsehen, aber in der Ausschreibung wird mehrmals auf eine interne Stellenausschreibung hingewiesen

Herr Brohm gibt an, wenn die Ausschreibung öffentlich einsehbar ist, kann man sich auch öffentlich bewerben. In diesem Bereich geht intern vor extern, aber kommt man intern nicht weiter, wird man extern ausschreiben.

Einwohnerin Nr. 2 hat es aber so verstanden, dass es bis Ende November eine interne Ausschreibung geben wird und dann nochmal eine externe Ausschreibung. Wenn der Verweis auf intern entfernt wird, würde sie sich gern bewerben.

Herr Brohm weiß, dass es öffentlich ist. Er wird aber den Hinweis aufnehmen und mitnehmen.

Es gibt keine weiteren Einwohnerfragen.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu

- Entschädigung
 - liegen noch Anträge vor, die noch nicht auf TO stehen
 - Entschädigung Räte mit Entschädigung für Fw sollte angepasst werden, noch bei Fw in Abfrage,
 - beide Satzungen stehen im Dezember auf TO
- Vergaben im HA
 - Info: welche Vergaben beschlossen wurden
- Kita Demker
 - Kita nicht geschlossen, zurzeit nicht im betriebsfähigen Zustand
 - Kinder in Bellingen mitbetreut
 - Ausschreibung für Leitung in Kita Demker erfolgt
- Personal
 - 2. Gerätewart zum 01.01.2026 eingestellt
- Wärmeplanung
 - im letzten BA Überblick gegeben
- Glasfaser plus/Telekom
 - im kommenden Jahr Glasfaserausbau in Tangerhütte City
 - Ziel: viele Bürger davon Gebrauch machen
- Leader
 - großer Arbeitskreis stattgefunden
 - EGem im Vorstand, BM stellv. Sprecher im Leader-Vorstand

Frau Braun sagt zu Herrn Brohm, die Entschädigungssatzung beschließt einzig und allein der SR. Die Umfragen unter den Kameraden können durchgeführt werden, sind aber nicht rechtsrelevant. Es werden doch auch keine Umfragen bei den ORen (Ortschaftsräten) oder bei den OBM (Ortsbürgermeistern) durchgeführt. Herr Brohm weiß ganz genau, dass das nicht das Thema der Fw ist, sondern nur das Thema des SRes. Egal wie die Kameraden dazu stehen oder auch nicht, der SR steht in der Verantwortung. Herr Brohm hat die Entschädigungssatzung ohne Diskussion vorzulegen. Ihr ist es leid, sich hier immer etwas erzählen zu lassen, was nicht rechtskonform ist. Herr Brohm soll sich an die Gesetze halten. Dann hat er auch keinen Ärger mit ihr oder mit anderen Räten.

Herr Jacob greift nochmal das Gesagte von Herrn Brohm zur Kita Demker auf: Er kann zur Wortmeldung der Einwohnerin, in der es um die Stellenbeschreibung ging, Herrn Brohms Antwort nicht verstehen. Diese Ausschreibung ist öffentlich einsehbar, aber dort steht ganz groß als Überschrift, interne Ausschreibung: Herr Brohm, schauen sie sich bitte die Stellenausschreibung an. Wenn es ein Fehler ist, gibt man diesen zu oder, wenn es eine interne Ausschreibung ist, begründet man dies.

Herr Hintze ergänzt. Die Stellenausschreibung ist für zwei Leiterinnen erfolgt, für Demker und für Cobbel. Die Leiterin in Demker hat sich versetzen lassen. Er fragt Herrn Brohm, hätten sie nicht gegensteuern können? Die damalige Leiterin Demker hat bei Herrn Brohm ein Gespräch gesucht. Nach diesem Gespräch teilte sie ihren Kolleginnen in Cobbel mit, sie müsse sich keine Gedanken machen, dass sie nicht Leiterin in Cobbel wird. Das ist nur eine Formsache. Seiner Meinung ist das

schon bald eine Vetternwirtschaft. Wenn man eine Ausschreibung macht, sollte man diese ergebnisoffen führen.

Herr Brohm informiert, grundsätzlich gehören Personalangelegenheiten in den nichtöffentlichen Teil. Daran wird er sich halten.

TOP 6: Vorstellung der Eckzahlen Haushalt 2025

Herr Brohm informiert per PowerPoint über die Eckzahlen des HH 2025, siehe Anlage. Die Herausforderung ist, wir müssen Juristen, die das KVG in der Hand halten, erklären, ob wir eine Leistungsfähigkeit haben oder nicht. Er informiert noch, dass es dafür zwei Zustandsbeschreibungen gibt, die im KVG ab § 100 ff stehen. Im KVG steht auch, dass wir über eine gewisse Grenze von Kassenkrediten nicht hinausgehen dürfen.

Anschließend beginnt eine rege Diskussion zum Thema HH.

Frau Braun hat die Unterlagen HH von der Verwaltung bekommen und sie fragt sich, wie es zu diesen Zahlen kommen kann, z.B. Freibäder. Hier steht, Ertrag 3.600 € und Aufwand 128.500 €. Natürlich sind die Besucherzahlen nicht mehr so hoch, aber es kann ihr keiner erzählen, dass in Lüderitz und in Tangerhütte nur 3.600 € für Eintrittsgelder und Schwimmkurse eingenommen wurden. Diese Zahl ist unter „gut“ und „böse“ und nicht akzeptabel. Darum möchte sie die Aufstellung sehen. Sie selbst fragt sich, wie kommen diese Zahlen zustande und bittet Herrn Brohm, alles konkret zu untersetzen und nicht alles zusammenfassen, auch fürs Kulturhaus und für die DGH (Dorfgemeinschaftshäuser). Jetzt spricht sie die Bäume an, die gefällt wurden, umgekippt sind usw., aber wie beschlossen, nicht nachgepflanzt wurden. Sie fragt sich, wie kommen diese hohen Zahlen zusammen. Herr Brohm hat dem SR gesagt, dass wir im nächsten Jahr nicht in die HH-Sperre (HH=Haushalt) kommen. Da fragt sie sich, warum Herr Brohm in der Fraktionsvorsitzendenrunde und im letzten HA schon erzählt hat, dass die OBM nur 50 % der § 7-Mittel bekommen. Sie beanstandet alles Aufgeschriebene und erwartet zu den einzelnen Positionen konkrete Zuarbeiten.

Herr Brohm gibt an, hier war grundsätzlich der Anspruch, Vorstellung der Eckdaten zum HH. Es macht wenig Sinn, hier in die Diskussion einzusteigen. Er lädt Frau Braun gern ein, um mit ihr alles in Ruhe durchzugehen. Das Prozedere ist ähnlich, wie im vergangenen Jahr. Er bittet Frau Braun, wenn sie Fragen hat, was sich hinter den Zahlen verbirgt, diese konkret zu stellen. Die Zahlen sind nicht ausgedacht. Dahinter liegen Ansätze, die hinterfragt wurden und mit den Bedarfen hinterlegt wurden. Es gibt einen HH, den der SR beschließt, denn das ist die Aufgabe des SRRes. Seine Aufgabe ist dann, diesen HH umzusetzen. Man darf nicht vergessen, dass wir eine HH-Sperre haben und im KVG ist geregelt, was bei einer HH-Sperre umzusetzen ist. Deswegen verbieten sich möglicherweise etwaige Nachpflanzungen. Zum Thema § 7-Mittel sagt Herr Brohm, sollten wir Mitte Dezember nicht zu einem mehrheitlich gefassten HH-Beschluss kommen, laufen wir, wie in den vergangenen Jahren, in die vorläufige HH-Führung. Auch für die HH-Führung hat der Gesetzgeber eine Klaviatur vorgesehen, die wir dann einzuhalten haben. Unabhängig davon, hat er schon in der OBM-Runde gesagt, um nicht in andere missliche Lagen zu kommen, dass die OBM über 25 % der § 7-Mittel verfügen können, auch in den Zustand der 104er Situation, was die vorläufige HH-Führung ist.

Herr Fettback führt an, dass Herr Brohm in seiner Ausführung gesagt hat, dass von den langfristigen Krediten 8,3 Mio. € getilgt wurden. Im Zeitungsinterview von Herrn Brohm waren es noch 6 Mio. €. Wie hängt denn das zusammen? Viel spannender wäre neben der Tilgung zu wissen, wie hoch ist im gleichen Zeitraum der Kassenkredit angestiegen?

Herr Brohm antwortet, den Kassenkredit haben wir von 5 Mio. € auf 9,6 Mio. € angehoben. In der HH-Diskussion können wir genau sagen, wieviel wir durchschnittlich in Anspruch genommen haben. Beim Zeitungsinterview war er etwas unscharf und konservativ bei seiner Antwort, gegenüber den Medien. Im Vorbericht stehen 8,3 Mio. €.

Herr Fettback ist der Ansicht, dass man Einnahmen, die man noch nicht gesichert hat, nicht in einer Einnahmensituation reinrechnet, weil man davon ausgeht, dass es kommen muss, weil es eigentlich kommen soll. Das kann man als bestes Szenario darstellen, aber nicht, dass das so passiert. Hier laufen wir in die Falle der vergangenen Prognosen, die nie eingegangen sind.

Herr Brohm gibt Herrn Fettback Recht und merkt an, wenn wir so vorgehen würden, wie Herr Fettback sagt, können wir uns 0 € Gewerbesteuern reinschreiben, denn man weiß nicht, wieviel Gewerbesteuern jeder im nächsten Jahr zahlt. Am Ende ist das immer eine Prognose, die wir hier abgeben. Wir verlassen uns auf die statistischen Daten, wie sich das entwickeln wird.

Herr Fettback wirft ein, das kann man alles machen, aber die Einnahmen von noch nicht einmal genehmigten Windrädern reinzurechnen, ist nicht in Ordnung und nicht seriös.

Herr Jacob geht auf die Antwort von Herrn Brohm ein. Es ist richtig, der SR hat die Aufgabe einen HH zu beschließen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Herr Brohm die Pflicht hat, einen HH einzubringen. Wir alle haben gemeinsam Interesse daran, dass ein HH verabschiedet wird. Es ist auch richtig und wichtig, wenn die SRin Frau Braun auf Sachen hinweist und sagt, in diesem HH verstehe ich dies und jenes nicht. Deshalb bittet er darum, den HH in der Form darzustellen, dass Frau Braun den HH beschließen kann, weil Frau Braun dann diese Zahlen seriös nachprüfen kann.

Herr Dr. Dreihaupt übergibt seinen Vorsitz an seinem 1. Stellvertreter Herrn Mildt. Er fragt Herrn Brohm, habe ich es richtig verstanden, dass sie gesagt haben, wenn der HH beschlossen wird, bemühen sie sich bis zum Jahresende die Jahresabschlüsse fertig zu stellen, weil das Land gesagt hat, ansonsten gibt es kein Geld? Seiner Meinung ist es egal, ob der HH beschlossen wird oder nicht, die Jahresabschlüsse müssen trotzdem fertig gestellt werden.

Herr Brohm erklärt die Situation. Die KAB wird den HH nur bearbeiten, wenn die Jahresabschlüsse vorliegen. Insofern werden wir bei einem positiven Beschluss des HHes in der Lage sein, die Jahresabschlüsse der KAB mitzuschicken.

Herr Mildt gibt den Vorsitz an Herrn Dr. Dreihaupt zurück.

Herr Fettback findet, es gibt keinen kausalen Zusammenhang, einen Jahresabschluss zu erstellen, obwohl der HH noch nicht genehmigt ist. Ein Jahresabschluss bezieht sich auf ein vergangenes Jahr und Herr Brohm hat die Pflicht und ist schon im Verzug.

Herr Brohm erklärt, als Kommune bekommt man keinen HH mehr genehmigt, wenn die Jahresabschlüsse nicht vorliegen. Es gibt auch Erleichterungserlasse, weil einige Kommunen in Sachsen-Anhalt die Jahresabschlüsse nicht schaffen.

Herr Fettback gibt seinen Unmut über die Antwort von Herrn Brohm kund.

Für **Herrn Hintze** ist es schwierig zu verstehen, denn eine gewisse Kostenkontrolle im Bereich der Vorbereitung des neuen HHes wäre ganz gut, damit wir wissen, wo wir jetzt liegen. Mehr als die Hälfte des SRes sind neue Mitglieder und diese wissen nicht, was in den letzten Jahren gelaufen ist. Deshalb benötigen wir eine Vorlage. D.h., der Jahresabschluss muss vorliegen, um den neuen HH zu beschließen.

Herr Dr. Gruber weist auf eine ganz klare gesetzliche Grundlage im KVG § 102 Abs. 3 hin. Er liest folgendes vor. „Für das HH-Jahr 2025 hat die KAB die Genehmigung des HHes solange zurückzuhalten, bis die Jahresabschlüsse des Vorjahres, in dem Sinne 2023, zur Genehmigung abgeschlossen, eingereicht sind.“ D.h., wenn Herr Brohm im Dezember einen Beschluss vom SR erwartet, muss er zeitgleich den Jahresabschluss 2023 in prüfgerechter Form vorlegen können. Kann Herr Brohm dies nicht, wird die Genehmigung des HHes, soweit es einen Beschluss hier im Gremium geben wird, nicht erteilt.

Herr Brohm sagt zum SR, sehen sie es mir nach, so schön wie Herr Dr. Gruber konnte er es jetzt nicht formulieren, aber das ist im Grunde der Inhalt seiner Worte gewesen. Er dankt Herrn Dr. Gruber für die Klarstellung.

Zum Gesagten von Herrn Hintze sagt **Herr Brohm**, er versteht Herrn Hintze. Nach jedem Jahr erstellen wir einen Jahresabschluss. Die Begrifflichkeiten sind noch ein bisschen schwierig zu vergleichen, aber wir wissen, was wir ausgegeben haben. Sie sehen die Ansätze und sie werden mit der Freitagsinfo auch Quartalszahlen erhalten.

TOP 7: Fähre Ferchland-Grieben - Vorlage: BV 0139/2024

Herr L. Witaszak bedankt sich bei Frau Wittke für die hervorragende Vorbereitung des TOPes. In den Anlagen sind unter anderem auch die Betriebsergebnisse zu sehen. Hier ist z.B. die Summe der Erlöse aus 2024 aufgefasst. Jetzt hat er dazu einige Bedenken. Er ist in diesem Jahr an einem Tag mit einem Fahrzeug, besetzt mit 4 Personen (2 Erwachsene, 2 Kinder), viermal über die Fähre Grieben-Ferchland gefahren. Bei jeder Überfahrt hat er einen anderen Preis bezahlt. Er bittet, um diese Zahlen zu verbessern, unsere Partnergemeinde, diesbezüglich die Mitarbeiter auf der Fähre fachgerecht zu schulen und speziell auf diese Expertise zu sensibilisieren.

Herr Jacob bedankt sich für den Hinweis. So etwas ist wichtig, damit die Akzeptanz in der Bevölkerung für dieses wichtige Verkehrsmittel bleibt. Er wirbt für die Fähre und bittet um Zustimmung.

Herr Dr. Dreihaupt bittet um Abstimmung der BV 0139/2024.

Der Stadtrat beschließt an der Fährverbindung Ferchland – Grieben mindestens für den Zeitraum des nächsten Führungszeugnisses bis 31.12.2031 festzuhalten. Dies geschieht unter der Prämisse,

dass das Defizit aus dem Fährbetrieb durch die Kooperationspartner weiterhin solidarisch getragen wird. Auf der Basis der Jahresrechnung 2023 und der aktuellen Hochrechnung für 2024 ist ein Zuschuss je Landkreis in Höhe von 30.000 € und je Partnergemeinde in Höhe von 15.000 € notwendig.

Der Stadtrat beschließt einen jährlichen Zuschuss zum Betrieb der Fähre in Höhe von 15.000 €, für die Dauer von 7 Jahren, von 2025 – 2031.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die dazugehörige Kooperationsvereinbarung mit den kommunalen Partnern zu aktualisieren und auf der Basis einen neuen Betreuungsvertrag mit der Nahverkehrsgesellschaft Jerichower Land mbH zu schließen.

Abstimmungsergebnis: 27x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung => einstimmig beschlossen

TOP 8: Antrag Fraktion CDU-WG ZUKUNFT - quartalsweise Berichterstattung

Vorlage: BV 0142/2024

Herr Dr. Gruber erläutert den Antrag der Fraktion CDU-WG Zukunft.

Herr Dr. Dreihaupt bittet um Abstimmung der BV 0142/2024.

Der Stadtrat beschließt, dass die Verwaltung in der jeweils auf das Quartalsende folgenden Sitzung des Haupt-, Vergabe- und Finanzausschusses des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte einen aktuellen Bericht mit detaillierten Ausführungen zur Liquidität zum jeweiligen Quartalsende und der vorausschauenden Liquiditätsplanung vorträgt. Der Bericht ist mit Ladung zum Ausschuss den Mitgliedern vorab zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 25x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung => mehrheitlich beschlossen

TOP 9: Antrag Fraktion CDU-WG Zukunft - Beauftragung kommunalrechtliche Stellungnahme - Vorlage: BV 0143/2024

Herr Dr. Gruber erläutert den Antrag der Fraktion CDU-WG Zukunft.

Herr Dr. Dreihaupt bittet um Abstimmung der BV 0143/2024.

Der Stadtrat beauftragt den Hauptverwaltungsbeamten der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte durch die untere Kommunalaufsicht (Landkreis Stendal) prüfen zu lassen, ob im Zuge einer möglichen Veräußerung des Areals „Wildpark Weißewarte“ aufgrund der finanziellen Situation (fortlaufende Haushaltskonsolidierung) der Einheitsgemeinde eine Veräußerung des Areals zu einem Verkaufspreis möglich ist, der deutlich unterhalb des ermittelten Verkehrswertes liegt.

Abstimmungsergebnis: 27x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung => einstimmig beschlossen

TOP 10: Vorschlag zur Bildung eines Kreissenioresenbeirates im Landkreis Stendal

Vorlage: BV 0146/2024

Herr L. Witaszak schlägt die SRin Frau Edith Braun vor. Frau Braun ist Rentnerin und unterhält sich gern. Sie wäre die richtige Person für diesen Posten.

Frau Kalkofen schlägt im Namen der UWGSA Frau Edda Ahrberg aus Cobbel vor.

Herr Rentner schlägt im Namen der SPD-Fraktion Herrn Bodo Strube aus Tangerhütte vor.

Herr Jagolski schlägt den SR-Vorsitzenden Herrn Dr. Dreihaupt vor.

Herr Grupe schlägt Frau Spanier aus Uchtdorf vor.

Herr Brohm schlägt vor, die Sitzung für 5 Minuten zu unterbrechen, damit man sich über die weitere Vorgehensweise Gedanken machen kann.

Herr Dr. Dreihaupt bittet die Fraktionsvorsitzenden zu ihm zu kommen, um sich zu beratschlagen und ruft eine 5-minütige Pause ein.

Nach der Pause informiert **Herr Dr. Dreihaupt**, dass sich die Fraktionsvorsitzenden auf Frau Edda Ahrberg aus Cobbel geeinigt haben.

Herr Dr. Dreihaupt bittet um Abstimmung der BV 0146/2024.

Der Stadtrat beschließt dem Landkreis Stendal vorzuschlagen einen Kreissenioresenbeirat für die Dauer der Amtsperiode des jetzigen Kreistages zu bilden.

Die Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte reicht dafür als Namensvorschlag ein:

Frau Edda Ahrberg

Abstimmungsergebnis: 27x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung => einstimmig beschlossen

TOP 11: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Frau Braun äußert, dass Herr Brohm in der letzten Sitzung im Groben die Wärmeplanung vorgestellt hat. Sie hatte mit der Avacon ein Gespräch geführt. Bei der Gelegenheit wurde ihr gesagt, dass überall in den Einheits- und Verbandsgemeinden, wenn es um die Wärmeplanung geht, die Avacon mit am Tisch sitzt. Bei uns in Tangerhütte nicht. Herr Brohm, können sie das erklären?

Herr Brohm kann es erklären. Das Akteursgespräch steht noch aus. Wie er im BA (Bauausschuss) schon ausgeführt hatte, wird das Gespräch noch stattfinden. Hier sind die anderen möglicherweise ein bisschen schneller.

Herr Jagolski fragt nach dem Stand der Fw-Bedarfsanalyse.

Herr Brohm antwortet, diese kommt auf der nächsten Sitzungsfolge auf die TO. Die Ortschaften haben Fw-Bedarfsanalyse schon auf der TO.

Als nächstes fragt **Herr Jagolski** nach dem Stand Briefkasten, mittig in der Innenstadt Tangerhütte.

Herr Brohm hat noch keinen neuen Sachstand. Die Anfrage nimmt er nochmal mit.

Herr Jagolski hätte die Anfrage an die Post gern in der Freitagsinfo gehabt.

Herr Fettback möchte einen Antrag seiner Fraktion für die nächste SR-Sitzung schon einmal ankündigen, weil hier auch OBM anwesend sind. Wir werden beantragen, dass in den Kommunen mit kommunal genutzten Räumen (DGH, Kegelbahn) 40 % der Einnahmen, durch den Ortschaftsrat verwaltet, für die Bewirtschaftung der Häuser zur Verfügung gestellt werden sollen, damit wir hier ein bisschen Handlungsfreiheit bekommen und nicht jedes Mal für z.B. 20 € einen Marathon laufen müssen.

Herr Jacob erinnert den SR-Vorsitzenden an den Arbeitsauftrag, den dieser in der letzten Sitzung bekommen hat. Es wurde darum gebeten, die Tische, an denen die Räte sitzen, etwas zu erweitern. Dazu würde er gern heute etwas hören.

Herr Jacob gibt zum Interview von Herrn Brohm zu Protokoll, dass er, als Herr Brohm als BM angetreten war, nicht depressiv war.

Herr Dr. Dreihaupt informiert, dass lt. Auskunft der Verwaltung neue Tische in Auftrag gegeben wurden. Den Liefertermin kennt er nicht.

Herr Brohm ergänzt. Wir haben aufgenommen, dass der Wunsch nach größeren Tischen besteht. Jetzt wollen wir nicht wieder die alten und guten DDR-Tische rausholen, sondern würden einen Auftrag für Tische von 1,60 m x 0,80 m auslösen.

Herr Jagolski fragt nach den genauen Kostenrahmen für die neuen Tische.

Herr Brohm wird diesen in der nächsten Freitagsinfo mitliefern.

Herr Jagolski würde gern an den alten DDR-Tischen sitzen.

Frau Braun gibt an, wir haben nicht verlangt, dass wir hier neue Tische bekommen wollen. Wir möchten die alten Tische wieder haben. Es müssen auch keine Tischdecken auf die alten Tische. Sie erklärt, wie eng die jetzigen Tische für 2 Personen sind. Wenn es für den SR eine Neuanschaffung gibt, dann muss doch zu mindestens der SR-Vorsitzende und die Fraktionsvorsitzenden in das Thema einbezogen werden, was für wie viel Geld gekauft wird. Wir waren in der HH-Sperre und das hat mit Sicherheit mehr als 5.000 € gekostet, was in Zuständigkeit des BM liegt. Sie gibt ihren Unmut kund.

Frau Braun wiederholt das Gesagte zu den § 7-Mitteln, dass sie schon im TOP 6 angesprochen hat und fragt, wie kann es dann sein, dass sie uns im letzten HA erklärt haben, dass sie nach Genehmigung des HHes, evtl. im Januar, erst einmal nur 25 % der § 7-Mittel auszahlen wollen? Man weiß nicht mehr, was man glauben soll und wie man das alles verarbeiten soll. Aus diesem Grund hat sie einen Antrag für die nächste Sitzungsfolge gestellt. Sie kündigt an, dass wir die 14.000 €, die wir für die freiwilligen Jobs ausgeben, streichen und im Umkehrschluss 100 % der § 7-Mitteln auszahlen. Natürlich meint sie nicht die Jobs, wo jemand in den DGH für Ordnung sorgt und bei der Grünpflege, was zur Pflichtaufgabe gehört. Welche Jobs genau, wird sie in der HH-Diskussion nochmal benennen.

Herr Grupe muss auch sagen, dass in seine DGH (Uchtdorf hat 2 davon) Tische von 1938 stehen. Ohne Tischdecke sind die gar nicht mehr zu benutzen. Er sieht nicht ein, dass hier neue Tische gekauft werden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Dreihaupt beendet 20:38 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil

TOP 17: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Dr. Dreihaupt stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 18: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

In der nicht öffentlichen Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

TOP 19: Schließung der Sitzung

Herr Dr. Dreihaupt schließt 21:15 Uhr die SR-Sitzung.

Fertiggestellt am: 28.11.2024